



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 21.11.2022
C(2022) 8302 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 21.11.2022

**über die Finanzierung des Mehrjahresaktionsplans für Französisch-Polynesien für die
Jahre 2022 und 2023**

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 21.11.2022

über die Finanzierung des Mehrjahresaktionsplans für Französisch-Polynesien für die Jahre 2022 und 2023

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf den Beschluss (EU) 2021/1764 des Rates vom 5. Oktober 2021 über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union einschließlich der Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits², insbesondere auf die Artikel 81 und 82, wonach Artikel 23 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/947 Anwendung findet,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung des Programms für eine nachhaltige Wasserwirtschaft in Französisch-Polynesien gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines Mehrjahresfinanzierungsbeschlusses erforderlich, der das Mehrjahresarbeitsprogramm für die Jahre 2022 und 2023 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen³ festgelegt sind.
- (3) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme trägt zur durchgängigen Berücksichtigung von Klimabelangen und der biologischen Vielfalt im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal⁴ und der Interinstitutionellen Vereinbarung⁵ bei.

¹ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

² ABl. L 355 vom 7.10.2021, S. 6.

³ www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

⁴ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Der europäische Grüne Deal, COM(2019) 640 final.

⁵ Interinstitutionelle Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel (ABl. L 433I vom 22.12.2020, S. 28).

- (4) Die Kommission hat das Mehrjahresrichtprogramm für Französisch-Polynesien für den Zeitraum 2021-2027 angenommen⁶, in dem die folgende Priorität genannt wird: nachhaltige Wasserwirtschaft
- (5) Mit dem Mehrjahresaktionsplan, der gemäß dem Beschluss (EU) 2021/1764 zu finanzieren ist, soll – wie auch im Mehrjahresrichtprogramm (MRP) dargelegt – ein Beitrag zur Resilienz und zum ökologischen Wandel in Französisch-Polynesien geleistet werden.
- (6) Die Maßnahme „Programm für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung in Französisch-Polynesien“ zielt darauf ab, die Umsetzung der Wassersektorphilosophie Französisch-Polynesiens zu unterstützen. Zu diesem Zweck soll mit der Maßnahme der Zugang der Bevölkerung Französisch-Polynesiens zur Wasser- und Sanitärversorgung erweitert und gleichzeitig eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen insbesondere im Hinblick auf den Klimawandel gewährleistet werden.
- (7) Gemäß Artikel 81 des Beschlusses (EU) 2021/1764 sind die im Anhang dargelegten Maßnahmen im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (8) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden.

Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Haushaltsordnung⁷ zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der Haushaltsordnung geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.

- (9) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (10) Im Interesse einer flexiblen Durchführung des Aktionsplans sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.
- (11) Der nach Artikel 90 des Beschlusses (EU) 2021/1764 eingesetzte Ausschuss hat keine Stellungnahme zu dem in dem vorliegenden Beschluss vorgesehenen Aktionsplan abgegeben —

BESCHLIEßT:

Artikel 1 *Der Aktionsplan*

Der im Anhang dargelegte Mehrjahresfinanzierungsbeschluss, der den Mehrjahresaktionsplan für Französisch-Polynesien für das Programm für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung darstellt, wird angenommen.

Der Aktionsplan umfasst die folgende Maßnahme:

⁶ Durchführungsbeschluss der Kommission zur Annahme von neun Mehrjahresrichtprogrammen für überseeische Länder und Gebiete für den Zeitraum 2021-2027, C(2021) 9164 final vom 15.12.2021.

⁷ Außer in Fällen gemäß Artikel 154 Absatz 6 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, wonach die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

- a) Das im Anhang dargelegte Programm für eine nachhaltige Wasserbewirtschaftung in Französisch-Polynesien.

Artikel 2
Beitrag der Union

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung des Aktionsplans für die Jahre 2022 und 2023 beläuft sich auf 31 100 000 EUR – 2 388 055 EUR für 2022 und 28 711 945 EUR für 2023 – und wird aus Mitteln finanziert, die unter den folgenden Haushaltslinien des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden:

- a) Haushaltslinie 14 05 02 00 01: 31 100 000 EUR.

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Dieser Beschluss kann nur umgesetzt werden, wenn die im Gesamthaushaltsplan der Union für 2023 vorgesehenen Mittel infolge des Erlasses des jenes Haushaltsplans durch die Haushaltsbehörde verfügbar sind.

Artikel 3
Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen

Die Maßnahmen, die nach Maßgabe des Anhangs in indirekter Mittelverwaltung umgesetzt werden, können Stellen oder Personen anvertraut werden, die im Anhang unter 4.4.1 genannt sind oder nach den dort festgelegten Kriterien ausgewählt wurden.

Artikel 4
Flexibilitätsklausel

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 Mio. EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 festgelegten Beitrags für jedes einzelne Haushaltsjahr nicht übersteigen⁸, und Änderungen der Mittelzuweisungen für spezifische Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht übersteigen, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten als nicht substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Brüssel, den 21.11.2022

Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission

⁸ Solche Änderungen können sich beispielsweise daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.